

Änderungsantrag

der **CDU** Fraktion zum TOP 15 der Kreistagssitzung am 14.12.2009
zur Jahresrechnung 2008 und Entlastung des Landrates

Der Kreistag beschließt auf seiner Sitzung am 14. Dezember 2009

- Die Jahresrechnung 2008 zu beschließen und
- Dem Landrat die **eingeschränkte** Entlastung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2008 zu erteilen.

Begründung:

Grundlage für diesen Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses an dem Kreistag war die Beratung über die Jahresrechnung 2008 des Landkreises und über den Schlussberichtes des Sachgebietes Rechnungsprüfung des Landkreises Teltow-Fläming über die Ergebnisse der Prüfung aus der Jahresrechnung 2008 des Landkreises.

Wenn der RPA über die Jahresrechnung 2008 beraten hat, sollte die überörtliche Prüfung des Kommunalen Prüfungsamtes (KPA) des Landes von 2001 bis 2006, die bereits 2008 vorlag und den Abgeordneten erst 2009 zur Kenntnis gegeben wurde, mit einbezogen werden. Denn dort wurden Hinweise auch für die weitere Haushaltsführung gegeben. Für unsere Fraktion kam damit die Bewertung der Haushaltsentwicklung nicht überraschend und bestätigte die Fehlentwicklung, die in den letzten Jahren zur Einsetzung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung führten. Die Kritik unserer Fraktion an die fehlende Transparenz seitens der Kreisverwaltung erscheint uns daher berechtigt. Es fehlt oft an Professionalität im Umgang mit Problemen der Haushaltsführung.

Da der Haushalt 2007 nicht ausgeglichen gestaltet werden konnte, wurde ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) erarbeitet. Infolge einer Intervention der Kommunalaufsicht wurde das HSK erst dann bestätigt, nachdem Auflagen zur sparsamen Haushaltsführung erfüllt und zeitlich definiert wurden. Auch hierbei sind diesbezügliche Hinweise der Fraktionen des Kreistages durch die Kreisverwaltung nicht beachtet worden. Trotz der bescheinigten Anstrengungen, den Haushalt zu konsolidieren, ist in absehbarer Zeit kein ausgeglichener Haushalt zu erreichen. Für die Gesamtsituation des Jahresabschlusses ist es dabei zunächst unerheblich, welche Positionen man dabei unter Einbeziehung der Haushaltsresten betrachtet.

Der Gesamthaushalt 2008 schließt mit einem Sollfehlbetrag in Höhe von 6,38 Mio. € ab. Dabei ist zu beachten, dass infolge der Übernahme des Fehlbetrages aus dem Jahr 2007 in Höhe von 15,15 Mio. € der Haushalt nicht abgedeckt werden konnte, in dem Haushalt 2008 mit übernommen wurde, sodass ein tatsächlicher Fehlbetrag in Höhe von über 21 Mio. € (1) zu verzeichnen ist. Dazu kommen die nicht abgebauten Fehlbeträge aus den Haushaltsjahren 2005-2007. Bei dem Schuldenabbau des HSK wurde vorausgesetzt, dass die Ausgaben für die sozialen Leistungen sich nicht

weiter erhöhen. Das ist jedoch nicht der Fall, wie der EP 4 Soziale Sicherung mit Mehrausgaben von 4.024.495 € (2) saldiert Einnahmen und Ausgaben 4,7 Mill € und der EP 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung mit 565.769 € ausweist.

Der Verwaltungshaushalt wurde, wie bereits in den Vorjahren, wieder durch Zuführungen des Vermögenshaushalt diesmal mit 2.671 TEUR (3) gestützt, was mit dem KPA Prüfbericht der Vorjahre bereits gerügt wurde. Aus dem negativen Abschluss des Verwaltungshaushaltes von 23 Mio € (4) konnte die Zuweisung des Vermögenshaushalt nur ein kleiner Teil des Defizits ausgleichen. Es ist bei der Verwendung der Mittel aus dem Vermögenshaushalt darauf zu achten, dass diese für Instandsetzungsmaßnahmen entsprechend dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz verwendet werden. Selbst bei der Realisierung aller Haushalts- und Kassenreste in Höhe von 13,7 Mio € wäre ein Fehlbetrag von 4,6 Mio € (5) entstanden. Dem zufolge mussten Kassenkredite bis zur Höhe von 24,8 Mill € aufgenommen werden. Auch wenn die Kassenkredite den Rahmen des genehmigten Haushaltes nicht überschreiten, bedeutet das eine Zinsbelastung von 617,2 TEUR zu 779,2 TEUR in 2007. Die Schulden des Landkreises betragen 75,9 Mio €. (6) Davon die Schulden aus Krediten und Landesdarlehen 23,0 Mio €. Die Zinsbelastung aus Krediten ist von 785,5 auf 868,5 TEUR gestiegen. Die Restschuld der SWFG 2008 beträgt alleine 21,6 Mio €. (6) Mit einem Schuldenstand von 469,44 € pro Einwohner nimmt der Landkreis im Land Brandenburg bei 206,24 € eine überdurchschnittlichen Schuldenstand ein. Auch mit dem durchschnittlichen Schuldenstand für Kassenkredite von 113,19 €/EW des Landkreises zu 83,98€/EW in Brandenburg liegt der Landkreis erheblich über dem Durchschnitt.

Zu den Beteiligungsgesellschaften kritisiert der Kreistag, dass entgegen dem Prüfungsplan für 2008 die vorgesehene Prüfung der SWFG nicht stattfand. Die Darstellung der Ergebnisse der Beteiligungsgesellschaften erfolgte nur nach den letzten vorliegenden Bilanzen 2007. (7) Der Kreistag erwartet für das Rechnungsjahr 2009 die Einbringung der Bilanzen in die konsolidierende Bilanz. Die für das Aus- und Weiterbildungszentrum Ludwigsfelde abgerechneten Honorarrechnungen waren fehlerhaft und um 26,7 TEUR (8) zu hoch berechnet.

Sämtlich fremd vergebenen Aufträge wurden ohne Beachtung des Vergaberechtes erteilt. Die Gesellschaft hat dringend darauf zu achten, dass die Bestimmungen für öffentliche Auftraggeber im Sinne des Vergaberechtes einzuhalten sind.

Bei allen Diskussionen über den besten Weg zu einer ausgeglichenen Haushaltsführung zu kommen, ist dieses Ziel nur zu erreichen, wenn die Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund und dem Lande für die Erfüllung der Aufgaben verbessert wird. Der Landkreis hat die pflichtigen Aufgaben zu erfüllen und sollte gleichzeitig durch freiwillige Leistungen den Kreis attraktiv zu gestalten, Wirtschaftsansiedlung betreiben und die dafür erforderlichen Standorte weiter entwickeln.

Aus den Prüfungen der Sachgebiete und der kreiseigenen Gesellschaften und Beteiligungen wurden Fehler erkannt, und teilweise durch die Verantwortlichen bereinigt.

Gegenüber den Vorjahren wurden im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung – Ausgaben in Höhe von 99,66 Mio. € getätigt. Das sind mit 58,4 % mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes. In diesem Einzelplan sind die Leistungen aus dem SGB II enthalten. Dem gegenüber stehen lediglich Einnahmen für die soziale Sicherung in Höhe von 25,8 Mio. €. Der Haushalt wurde somit mit 73,8 Mio. € belastet. Das sind 43,3 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. Die

Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung für ALG II-Bezieher ging seit dem Jahre 2007 von 31,2 % auf 28,6% 2008 zurück. Begründet wird das damit, dass sich die Bedarfsgemeinschaften verringert haben. Da die unter 25 jährigen Jugendlichen wieder bei den Eltern eingegliedert wurden, wird zwar eine Verminderung der Bedarfsgemeinschaften erreicht, aber die Bedürftigen wurden keinesfalls weniger. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung soll lt. Beschluss des Bundeskabinetts auf 23,6 % weiter gesenkt werden. Der Landkreis muss immer bestrebt sein, noch weitere Einsparmöglichkeiten und Reserven zu erschließen. Defizite aus den pflichtigen ALG II Leistungen sollten auf Dauer aber nicht zu Lasten des Landkreises ausgeglichen werden. Die CDU Fraktion schlägt dem Kreistag vor, dass der Landrat sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzt die beabsichtigte Senkung der Kostenbeteiligung aus den Hartz IV Gesetzen abzuwenden.

So wie in den vergangenen Jahren, seit dem Inkrafttreten des SGB II gibt es in den Abrechnung der ARGE ungeklärte Geschäftsvorfälle, die nicht zugeordnet werden können. (9) Das ist nicht hinnehmbar, auch wenn es sich zu den Vorjahren vergleichbar um geringe Beträge handelt. Das entspricht nicht den buchhalterischen Grundsätzen der ARGE und muss für das laufende Haushaltsjahr unbedingt abgestellt werden.

Die Personalausstattung je 1000 Einwohner beträgt 4,5 Beschäftigte. Damit wurde gegenüber 2004 die Ausstattung um 0,3 Beschäftigte gesenkt. Die Erhöhung der Effektivität der Verwaltung bei der zur Verfügung stehenden Personals sollte dabei in den Vordergrund stehen.

Der Haushalt 2008 wurde letztmalig nach kameralen Vorgaben erstellt. Der Kreistag rügt, dass eine Eröffnungsbilanz des doppelten Haushaltssystemes 2009 bis dato nicht vorliegt. Die Jahresrechnung 2008 stellt in vielen Teilen eine Abschlussbilanz, so z. B. bei den Fortschreibungen von Fehlbeträgen und Haushaltsresten dar. Eine Eröffnungsbilanz würde die Übersichtlichkeit und Transparenz des vorliegenden doppelten Haushalt 2009 erhöhen.

*Die Rechnungsprüfung hat im Rahmen seiner pflichtgemäßen Prüfung der Bestandteile und Anlagen der Jahresrechnung 2008 Feststellungen bzw. Beanstandungen getroffen, die teilweise einer ordnungsgemäßen Durchführung der Haushaltswirtschaft entgegenstehen. Der Kreistag weist jedoch auf folgende fehlende Unterlagen und Fehlentwicklungen hin und erteilt dem Kreistag nur eine **eingeschränkte** Entlastung. Die Gründe sind:*

- 1. Die fehlenden Darstellungen der Ergebnisse der kreiseigenen Gesellschaften für 2008 einschließlich der Beteiligungsberichte (7)*
- 2. Die Nichteinhaltung von Ausschreibungsbestimmungen von der GAG. (8)*
- 3. Die nicht zuzuordnenden, ungeklärten Buchungen der Arge für Erstattungen von zuviel gezahlten Zahlungen von 220 TEUR (9) und Belastungen (Gewährung von Leistungen gegenüber dem Landkreis) von 3,8 TEUR. Nicht zuzuordnenden Buchungen wurden seit Bestehen der Arge durch die Jahresrechnungen festgestellt. Die von der Agentur dem Landkreis vorgestellte Abstimmungssoftware für 2009 greift nicht mehr für die Jahresrechnung 2008. Hierzu hätte sich der Landrat bei immer wiederkehrenden Fehlern durch die Arge für ein nachhaltiges und ordentliches Abstimmungssystem schon längst einsetzen müssen.*
- 4. Auf Grund einer Rückforderung zum Zuwendungsbescheid vom 21.07.01, betr. OSZ „An der Stiege“ 2. BA waren 2008 Mittel in Höhe 190,6 TEUR an die*

ILB des Landes Brandenburg zurück zu zahlen, da für Baumaßnahmen im OSZ lediglich ein Planansatz in Höhe von 10,0 TEUR vorgesehen war, entstanden überplanmäßige Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 180,6 TEUR. (10)

Blankenfelde-Mahlow, 18.11.2021

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Michael Holz". The signature is written in a cursive, flowing style.

Stellv. Fraktionsvorsitzender